

WSH Werte als Kontinuum

WSH TELEX
Freitag, den 22.03.2024



Demokratie von oben? Warum das Demokratieförderungsgesetz undemokratisch ist

Demokratie von oben? Warum das Demokratieförderungsgesetz undemokratisch ist

von Prof. Dr. Dr. Volker Böhme-Neßler

Die Bundesregierung will die Demokratie fördern. Dazu hat sie im Februar ein Gesetz in den Bundestag eingebracht, das „Gesetz zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung, Extremismusprävention und politische Bildung“, kurz Demokratiefördergesetz. Das klingt gut, ist aber gefährlich. Es fördert die Demokratie nicht, es bedroht sie.

Das Gesetz: Demokratisierung durch staatliche Gelder

Der Gesetzentwurf, der zur Zeit im Parlament beraten wird, ist verhältnismäßig kurz, und er wirkt auf den ersten Blick harmlos und vernünftig. Das Gesetz soll eine Demokratie-Offensive auslösen. Unzählige Aktionen, Veranstaltungen und Publikationen sollen vom Staat angeschoben und finanziert werden. Er soll selbst massiv in die politische Bildung eingreifen. Gleichzeitig soll er NGOs fördern, die ebenfalls das demokratische Bewusstsein der Bürger stärken.

Wie will man sicherstellen, dass nur Initiativen gefördert werden, die wirklich gut für die Demokratie sind? Das bleibt unklar. Eine ausdrückliche Extremismusklausel enthält das Gesetz nicht. Damit besteht die Gefahr, dass der Staat frei entscheiden kann, wer zum Wohl der Demokratie gefördert wird. Mit anderen Worten: Was der Demokratie dient, entscheidet der Staat. Eine politische Schlagseite zugunsten der jeweils aktuellen Regierungsmehrheit ist damit programmiert.

Demokratie von oben? Warum das Demokratieförderungsgesetz undemokratisch ist

Demokratie braucht Demokraten

Die Demokratie ist eine anspruchsvolle Staatsform. Sie verlangt von ihren Staatsbürgern ein Minimum an Engagement. Sie müssen mindestens wählen gehen und dadurch über die Machtverteilung bestimmen. Das geht letztlich nur, wenn sie sich informieren und sich – im Idealfall: kritisch und mutig - eine eigene Meinung bilden. Bürger in einer Demokratie brauchen deshalb auch ein Mindestmaß an Zivilcourage. Wenn es darauf ankommt, müssen sie auch der Mehrheitsmeinung widersprechen können. Sonst endet die Demokratie in einer herrschenden Meinung, die von wenigen vorgegeben und von vielen nachgeplappert wird. Das wird zur Diktatur der Schreihäse und Hysteriker. Eine lebendige, funktionierende Demokratie ist das dann nicht mehr.

Die Demokratie braucht also Demokraten. Aber wie bekommt man Demokraten? Niemand wird als Demokrat geboren. Eine demokratische Persönlichkeit entwickelt sich in einem längeren Prozess. Kinder müssen in der Gesellschaft Freiräume bekommen, damit sie sich zu starken, selbstbewussten Persönlichkeiten entwickeln können. Aus angepassten, ängstlichen Duckmäusern werden keine echten Demokraten. In der Schule und in der Gesellschaft muss ihnen das nötige Grundwissen vermittelt werden. Dort müssen sie auch demokratische Fähigkeiten entwickeln und demokratische Verhaltensweisen einüben. Und nicht zuletzt: In allen Bereichen des Alltags brauchen Sie Vorbilder, die ihnen eine lebendige Demokratie vorleben. Dann besteht die Chance, dass sie zu demokratischen Persönlichkeiten heranreifen.

Demokratie wächst von unten

Natürlich funktioniert dieser Prozess nicht reibungslos. Jede Generation wächst in ihrer eigenen historischen Situation auf, sie macht ihre eigenen Erfahrungen und entwickelt ihre eigenen Vorstellungen von Demokratie. Eine Demokratie bleibt lebendig und verändert sich immer wieder. Echte Demokratie wird nicht von oben, vom Staat und von den Regierenden oktroyiert. Sie wächst von unten und entwickelt sich aus der Gesellschaft. Das verkennt der Entwurf des Demokratieförderungsgesetzes vollständig. Ihm ist völlig unklar, dass sich echte Demokratie nicht von oben, vom Staat verordnen lässt. Genau das aber ist sein Ziel: Er will dem Staat die Aufgabe geben, seine Bürger von oben zu erzielen. Eine Demokratie, die von oben, vom Staat verordnet wird, ist aber keine echte, lebendige Demokratie.

Demokratie von oben? Warum das Demokratieförderungsgesetz undemokratisch ist

Der Grundkonsens – gekündigt?

Es gab in Deutschland einen liberalen, demokratischen Grundkonsens, der die Bundesrepublik stark gemacht hat. Die parlamentarische Demokratie hat – bei aller berechtigten Kritik im Einzelfall – grundsätzlich funktioniert. Das lag auch daran, dass der Staat die Freiheiten der Bürger und der Wirtschaft, also seine Grenzen grundsätzlich akzeptiert hat. Seit einigen Jahren lässt sich beobachten, dass dieser Grundkonsens bröckelt – meistens unmerklich und schleichend. Manchmal zeigen spektakuläre Ereignisse, wie dieser Prozeß voranschreitet. Ein Beispiel ist die Coronazeit. Plötzlich war der Staat kein Staat mehr, der respektvoll mit seinen Bürgern umging und die Freiheit schützte. Das Virus musste bekämpft werden, koste es, was es wolle. Es ging nur noch um Angst, Hysterie und Sicherheit. Dass eine demokratische Gesellschaft auch von Menschenwürde, Freiheit, Vernunft und Respekt geprägt sein muss, geriet in Vergessenheit.

Die Politik der aktuellen Koalition legt immer wieder die Vermutung nahe, dass sie den Grundkonsens vollends aufgekündigt hat. Dafür lassen sich zahlreiche Beispiele finden – spektakuläre, aber auch kleine Vorhaben, die in der Summe ebenso gefährlich sind. Ein spektakuläres Beispiel war sicher das Wärmepumpen-Gesetz. In seiner ursprünglichen Fassung hätte es das Eigentum von hunderttausenden Hauseigentümern extrem betroffen. Es hätte große Teile ihrer jahrzehntelangen Lebensleistung entwertet und zahllose Altersvorsorgepläne zur Makulatur gemacht.

Erziehung statt Respekt

Zum demokratischen Grundkonsens gehört der Respekt. Die Regierung muss die Bürger respektieren. Bürger in der Demokratie sind keine Untertanen. Sie sind der Souverän, von dem die Regierung durch eine Wahl einen Auftrag erhalten hat. Diesen Respekt zeigt die Ampel-Koalition nicht. Schon die patzig-arrogante Sprache der Spitzenpolitiker ist ein Hinweis darauf. Die aktuelle Koalitions-Regierung hat – das zeigen praktisch alle Umfragen – die Unterstützung der Bürger verloren. Ihre politischen Prioritäten entsprechen nicht den Bedürfnissen und Wünschen der Bürger. Was macht eine Regierung in solch einer Situation? Die demokratische Option, die von Respekt gegenüber dem Bürger zeugt, wäre: Die Regierung analysiert, was die Bürger wirklich wollen und brauchen. Dann richtet sie ihre Politik neu aus. Gute Politik bringt Zustimmung der Wähler. Das tut die Ampelkoalition nicht. Sie reagiert trotzig, besserwisserisch, ideologisch.

Demokratie von oben? Warum das Demokratieförderungsgesetz undemokratisch ist

Jede Umfrage zeigt, dass die überwältigende Mehrheit der Bürger ein härteres Vorgehen gegen illegale Migration will. Es gibt in der Bevölkerung ein – wie ich finde – völlig berechtigtes, kritisches Unbehagen gegenüber der unkontrollierten Migration. Das ignoriert die Regierung völlig. „Wir schaffen das,“ hat die Kanzlerin 2015 postuliert. Die große Mehrheit des Volkes sieht das völlig anders. Weil die Regierung den Volkswillen missachtet, wendet sich das Volk anderen Parteien zu, etwa der AfD. In einer Demokratie ist das völlig normal und legitim. Die Reaktion der Regierungsmehrheit: Förderprogramme, mit denen die Demokratie durch den Staat und seine NGOs „gefördert“ werden soll. Die beste Förderung für Demokratie ist aber demokratisches Verhalten und eine gute Politik. Politische Förderprogramme von oben zeugen von mangelndem Respekt der Regierung gegenüber den Bürgern. Sie sind undemokratisch, und sie zerstören den demokratischen Konsens weiter.

Herzliche Grüße aus Düsseldorf

Ihre



Christoph Weber
Geschäftsführender Gesellschafter



Professor Dr. Dr. Volker Böhme-Neßler
Wissenschaftlicher Beirat